

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 603.204/4-V/2/87

An das
Präsidium des Nationalrates1010 W i e n

Zl. 41-GE/9-87

Datum: 27. AUG. 1987

31. Aug. 1987

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Kreuschitz

2388

Betrifft: Entwurf eines Smogalarmgesetzes;
Begutachtungsverfahren

Der Verfassungsdienst übermittelt in der Anlage 25
Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu den mit der Note des
Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie vom 8. Juli
1987, Zl. I-32.191/16-3/87, versendeten Entwurf eines
Smogalarmgesetzes.

21. August 1987
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
i.V. BERCHTOLD

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 603.204/4-V/2/87

An das
Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Kreuschitz

2388

I-32.191/16-3/87
vom 8. Juli 1987

Betrifft: Entwurf eines Smogalarmgesetzes;
Begutachtungsverfahren

Zu dem mit der oz. Note übermittelten Entwurf eines
Smogalarmgesetzes nimmt der Verfassungsdienst wie folgt
Stellung:

Zu § 1:

In Abs. 1 sollte es sprachlich besser lauten: "... mit
Verordnung Smogalarmpläne zu erlassen ...".

Abs. 2 sollte wie folgt formuliert werden: "... haben die
Landeshauptmänner aufeinander abgestimmte Smogalarmpläne zu
erlassen.".

Zu § 2:

Es könnte erwogen werden, ob Abs. 1 nicht besser wie folgt
formuliert werden könnte:

"Im Smogalarmplan sind Vorkehrungen vorzusehen, die durch
Verringerung der Emissionen ein weiteres Ansteigen der
Immissionen verhindern und bewirken, daß die Grenzwerte für
Luftsschadstoffe unterschritten werden."

- 2 -

Zu § 3:

Wenn einerseits die Ausrufung eines Smogalarms von der Überschreitung von Grenzwerten abhängt, die Überschreitung andererseits aber nur auf Grund technischer Messungen erfaßbar ist, so kommt wohl für die Ausrufung eines Smogalarmes der Zahl und der Lage der Meßstellen sowie der zur Auslösung eines Smogalarmes notwendigen Zahl der Meßstellen eine entscheidende Bedeutung zu. Gerade deshalb müßten aber diese Merkmale im Gesetz selbst genau geregelt werden. Nach dem gegenwärtigen Regelungssystem ist der Landeshauptmann berechtigt, im Smogalarmplan diese Merkmale festzulegen, wobei für sein Handeln kaum eine Determinante im Gesetz vorgesehen wird. Insbesondere scheint auch Abs. 2 zu vage zu sein, da "eine räumlich und zeitlich differenzierte Aussage über die Konzentration der Luftschadstoffe im Belastungsgebiet" sowohl bei nur zwei Meßstellen als auch bei zwanzig Meßstellen möglich ist.

Auch Abs. 3 ist nicht hinlänglich determiniert, da in ihm nur eine Untergrenze für die zur Auslösung der Vorwarnstufe erforderlichen Meßstellenzahl normiert wird.

Zu den §§ 6 und 7:

Im Hinblick darauf, daß sich diese Bestimmungen kompetenzrechtlich auf Art. 17 B-VG stützen, kann mit der Setzung der hier geregelten Maßnahmen der Landeshauptmann gesetzlich nicht betraut werden. Auf Art. 17 B-VG gestützt können nur sog. Selbstbindungsgesetze erlassen werden, die nur Organe des Bundes binden. Für diese Fälle sieht Art. 104 Abs. 2 B-VG die Übertragung der entsprechenden Aufgaben durch den zuständigen Bundesminister an den Landeshauptmann vor. Die §§ 6 und 7 sollten deshalb ohne Nennung des Landeshauptmannes formuliert werden ("Die Vorwarnstufe ... ist auszulösen, ...", "Über die Auslösung der Vorwarnstufe ist die Bevölkerung zu informieren; ..." und "Für Informationen im Sinne ... können

- 3 -

der Österreichische Rundfunk und die fernmeldetechnischen Einrichtungen der ... in Anspruch genommen werden.")). Die Erläuterungen wären entsprechend zu ergänzen.

In § 6 Z 2 sollte es besser "zwölf" (ebenso in § 8 Z 2) und "auf Grund" lauten.

In § 7 Abs. 2 sollte es heißen: "... an keiner Meßstelle mehr überschritten werden, ...".

Zu § 10:

Um klarzustellen, daß es sich bei Abs. 1 Z 5 um eine Maßnahme zum Schutz der Gesundheit handelt, sollte neben der Schulfreierklärung auch die Anordnung vorgesehen werden, daß schulpflichtige Kinder in den Wohnungen zu verbleiben haben.

In Abs. 4 könnte neben der Drosselung des Betriebs der hier angesprochenen Anlagen auf das unbedingt erforderliche Ausmaß auch die Verwendung schadstoffarmer Brennstoffe ausdrücklich vorgesehen werden.

Zu den §§ 12 bis 14:

Die Regelung der Überwachung, der Kontrolle und der Setzung von Zwangs- und Sicherheitsmaßnahmen ist aus rechtstechnischer Sicht nicht gut geraten. Zunächst sieht der Verfassungsdienst keinen Grund für die Trennung der in § 12 Abs. 2, 3 und 5 enthaltenen Aufgaben. Weiters gehören die Kontrollen und die Zwangs- und Sicherheitsmaßnahmen begrifflich zur "Überwachung". Es ist auch nicht klar, wann und in welcher Form die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes "mitzuwirken" haben. Auf die in diesem Zusammenhang geführten Gespräche wird hingewiesen.

- 4 -

Zur Anlage 4:

In Abs. 1 ist der Einleitungssatz überflüssig. Die in den lit.a und b vorgesehenen Regelungen bringen auch ohne ihn den Norminhalt klar zum Ausdruck.

Abs. 2 sieht überflüssigerweise eine Selbstverständlichkeit vor, nämlich daß die Auswahl der Lage der Meßstellen "in geeigneter Weise" zu erfolgen hat. Darüber hinaus sollte die komplizierte Formulierung "die Auswahl der Lage der Meßstellen hat ... zu erfolgen" vermieden werden. Es könnte einfacher etwa angeordnet werden: "Die Lage der Meßstellen ist ... zu bestimmen".

Abs. 5 läßt die Frage offen, ob es sich bei der hier angesprochenen Zentrale um Einrichtungen der neun Länder oder eine "Bundes-Zentrale" handelt.

21. August 1987
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
i.V. BERCHTOLD

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

